Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 18

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

hat im Laufe der Jahre eine überaus grosse Resonanz unter erfahrenen Fachleuten und der Studentenschaft gefunden, ermöglichte es doch dreierlei:

– Den Studenten vermittelte es aktuelle Problemstellungen aus der Praxis, dargeboten von erfahrenen Spezialisten.

– Fachleute aus der Praxis fanden ein interessiertes Podium, um neue Ideen und Erfahrungen Studenten und Berufskollegen vorzutragen.

– Prof. Leuthold verstand es, durch die Verpflichtung von Referenten aus der Industrie und der Elektrizitätswerke nicht nur immer wieder neue Problemstellungen zu bieten, sondern auch ein Fachforum zu schaffen, das für Lehre und Praxis immer wieder Anregungen für Forschungen und Untersuchungen ermöglichen konnte. Dafür gebührt Prof. Leuthold Dank und Anerkennung.

Neben den Vorlesungen gehörte die Gestaltung und Betreuung der Studien- und Diplomarbeiten der Studenten zu den vornehmsten und wichtigsten Obliegenheiten. Dieser Aufgabe unterzog sich Prof. Leuthold mit Hingabe und grossem Pflichtgefühl, kann doch so die spätere Einstellung der Studenten zur schöpferischen Arbeit und Berufsfreude wesentlich beeinflusst werden. Daneben betreute er eine ganze Reihe von Promotionen; die letzte, von ihm geleitete Arbeit von J. Lahr befasste sich dabei mit der Theorie elektrischer Leitungen unter Anwendung und Erweiterung der Fibonacci-Funktion.

Prof. Leuthold bekleidete im Verlaufe seiner Zugehörigkeit zur ETH verschiedene Ämter und war als Vertreter der Wissenschaft Mitglied einer Reihe von Kommissionen und Verbänden. Unter anderen sei hier erwähnt: die Expertenkommission des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft (1964–66), die Eidg. Wasser- und Energiewirtschaftskommission (1961–1973), die Schweiz. Kommission für Elektrowärme (1959–1978). Von 1966–1974 war er zudem im Vorstand des Schweiz. Elektrotechnischen Vereins (SEV).

Prof. Leuthold hat im Laufe seiner akademischen Lehrtätigkeit auch eine Reihe von Vorträgen gehalten, die in manchen Fällen veröffentlicht wurden. Daneben erstellte er eine Anzahl privater Gutachten, die sich insbesondere auf Fragen der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung bezogen; so befasst sich etwa das 1977 im Auftrag der Direktion der öffentlichen Bauten des Kantons Zürich verfasste Gutachten mit der Problematik des Wärmepreises bei der Fernwärmeversorgung.

Fasst man den Schwerpunkt seiner Tätigkeit zusammen, so wird ersichtlich, dass er sich neben der hydraulischen Kraftwerktechnik vor allem mit Problemen der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung auseinandergesetzt hat. So trat er – belegt durch seine Studien – schon zur Zeit des Baues der ersten Kernkraftwerke auch für den Bau anderer thermischer Kraftwerke zur Ergänzung des hydraulischen Potentials der Schweiz ein. Die seitherige Entwicklung beim Ausbau der schweizerischen Elektrizitätserzeugung verlief bisher zwar anders; trotzdem haben seine damaligen grundlegenden Ausführungen auch heute noch ihre berechtigte Bedeutung, und es bleibt der Zukunft überlassen, seine Arbeiten nochmals neu zu überdenken.

In den rund 24 Jahren akademischen Lehrens an der ETH hat Prof. Leuthold den Studenten der Elektrotechnik, insbesondere aber denen der Starkstromtechnik, wertvolle Grundlagen zur Ausübung ihres Berufes vermittelt und sich bemüht, sie auch zum selbständigen und selbstkritischen Denken zu führen und sie dadurch zu befähigen, aktiven Anteil an der weiteren technischen Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft zu nehmen. *Dr. Hans Lienhard, Arbon*

Pressespiegel – Reflets de presse

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

«Anhörungsreisen»

Bundesrat Schlumpf steht im Begriff, einen ganz neuen Regierungsstil zu entwickeln. Er begibt sich nämlich neuerdings auf Kontaktreisen in Kantonshauptstädte, um vor einem bevorstehenden Bundesratsentscheid noch den betroffenen Kantonen und Gemeinden die Gelegenheit zu geben, ihren Kropf zu leeren. Die ersten dieser neuartigen «Pfalzpalaver» finden in den vier Kantonen statt, in denen Sondierbohrungen durchgeführt werden sollen, um den tiefen geologischen Untergrund im Hinblick auf die Möglichkeit der späteren Errichtung eines Endlagers für stark radioaktive Abfälle genau zu erkunden. Bundesrat Schlumpf will allerdings zu diesem konkreten Anliegen noch nicht Stellung beziehen, sondern es geht vorläufig einmal um aufmerksames Zuhören und um den direkten Kontakt. Vorläufig ...

Es ist freilich weder neu noch aussergewöhnlich, dass Regierende keine Mühe scheuen, sich ins Bild zu setzen, welche Ansichten und Argumente auf dem Meinungsmarkt wirklich herumgeboten werden und wie die wahre Stimmung im Volk ist. Von einem Zar wird berichtet, dass er sich bisweilen unter sein Volk gemischt habe, um inkognito Meinungen über sich selber und seine Minister zu erfahren. Und Shakespeare lässt in seinem erschütternden Kriegsdrama «Heinrich V.» diesen englischen König am Vorabend der Schlacht von Agincourt unerkannt an den Gesprächen seiner Soldaten teilnehmen.

Weniger verständlich ist, dass es im Musterland der Volksrepräsentation und der direkten Demokratie nötig sein soll, dass Mitglieder der Landesregierung auch noch persönliche «Anhörungsreisen» unternehmen. Über alle wesentlichen Punkte, die für einen bevorstehenden Entscheid ins Gewicht fallen, sollte der zuständige Departementschef eigentlich jeweilen bereits auch ohne zeitraubende persönliche Ortsveränderung bestens im Bild sein können. Aber man wird sagen, das sei ein Akt kluger Psychologie; es könne auf diese Weise viel Goodwill geschaffen werden, der in der direkten Demokratie von besonderem Wert für die Regierenden sei.

Gewiss, letztere Würdigung geht nicht ganz an der Wahrheit vorbei, aber wird eben nicht, wenn solche «Anhörungsreisen» Schule machen und zur ständigen Institution im Bund avancieren, der ohnehin schon reichlich komplizierte und aufwendige politische Entscheidungsprozess ganz einfach dank dieser neuartigen bundesrätlichen «Reisediplomatie» um ein weiteres Stadium des Palavers angereichert? Wird es damit nicht fast unweigerlich zu einem neuen politischen Instrument ausserhalb der parlamentarischen Szene kommen, indem sich der Bundesrat direkt mit den Ausmarchungen auf der Stufe der Kantone und Gemeinden befasst? Eine erste Vorstellung, zu welchen Weiterungen Besuchsreisen der an sich liebenswürdigen Art, wie sie Bundesrat Schlumpf nun betreibt, führen können, kann man sich bereits machen: Es wurde nämlich prompt kritisiert, dass Bundesrat Schlumpf die Kantonshauptstädte, nicht aber die Gemeinden besuche, die als Bohrstandorte ausersehen worden sind! Und ebenso prompt wurde ihm der Vorwurf gemacht, dass er jeweilen nur Vertreter der Gemeinderäte und nicht die Gemeinderäte in corpore zu diesen Gesprächen heranziehe!

Der Gemeinderat von Niedergösgen aber hat den Vogel abgeschossen, indem er zur eigenen Vorbereitung auf die Aussprache mit Schlumpf in Solothurn noch eine besondere, den eigenen Standpunkt stützende Expertise in Auftrag geben wollte. Weil kein Geld vorhanden sei und die Gesuchstellerin wegen dieses gewünschten Gutachtens der Gemeinde Kosten verursache, forderte der hochwohllöbliche Gemeinderat allen Ernstes von der Nagra einen «Kredit» zur Bezahlung der von ihm in Aussicht genommenen Experten an. Die reichhaltigen Möglichkeiten des neuartigen Forums eidgenössischer Politik auf regionaler Stufe lassen somit bereits die ersten konkreten Umrisse erkennen. Statt einer Vereinfachung der Ver-

besserung der sachlichen Entscheide sind unterhaltsame Winkelzüge und neue endlose Streitereien zu erwarten. *Hans Rudolf Böckli*

«Finanz und Wirtschaft», Zürich, 19. August 1981

Surinformé ou mal informé?

L'homme moderne est surinformé, entend-on parfois. Avec son quotidien préféré au petit déjeuner, les flashes horaires diffusés toute la journée sur toutes les chaînes de radio, le téléjournal en début et en fin de soirée sur les petits écrans, il emmagasine chaque jour des centaines et des centaines d'informations.

Est-ce un bien? Est-ce un mal? Une telle avalanche de mots ne va-t-elle pas exactement à fin contraire, l'homme moyen ne parvenant souvent plus à discerner l'essentiel de l'accessoire, le vrai du faux, le grave du superficiel?

Du reste même le professionnel de l'information ne parvient pas toujours à discerner la gravité d'un événement. Témoin, deux accidents survenus à la même époque – en avril dernier – dans le domaine des radiations nucléaires. Le premier accident est arrivé dans une centrale nucléaire japonaise – à des milliers de kilomètres. Le second a eu lieu dans un hôpital français de Charente-Maritime.

L'accident japonais a fait le tour du globe. L'accident français est ... pratiquement passé inaperçu des grandes agences qui répercutent l'événement sur toute la surface du globe.

Or – et c'est là que la comparaison est intéressante – l'accident de la centrale nucléaire japonaise n'a provoqué que des irradiations mineures. A peu près trente fois inférieures à ce que la loi suisse tolère pour une année aux professionnels de l'atome.

Au contraire, l'accident de l'hôpital français a provoqué des irradiations générales entre cent et mille fois supérieures.

Si l'on croit le journal *Le Monde* deux techniciens pris de panique ont saisi à pleines mains une source de cobalt éjectée sur le sol au cours d'une erreur de manipulation. Les deux hommes souffrent de graves brûlures aux mains qui ont nécessité de multiples amputations.

Exagération dans le premier cas. Curieux silence dans le second. L'information équilibrée – proportionnelle à la gravité d'un événement – est un art bien difficile. *Olivier Grivat*

«Tribune-le-Matin», Lausanne, le 29 juillet 1981

Alle zwölf Nagra-Löcher werden gebohrt!

(fi) Der aargauische Regierungsrat und die Vertreter der Gemeinden, die für Sondierbohrungen ausersehen worden sind, haben die Zusicherung erhalten, dass alle zwölf geplanten Bohrlöcher ins Urgestein gebohrt werden. In Verhandlungen mit Bundesrat Dr. Léon Schlumpf war die Aargauer Delegation hart geblieben und hatte die Forderung des Regierungsrates nach Gleichbehandlung aller Kantone bekräftigt. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) ist damit auf die Abwicklung des vollen Bohr-Programmes verpflichtet worden.

Wie am Freitagmorgen in Aarau in Erfahrung zu bringen war, ist in den von Landstatthalter Dr. Jörg Ursprung geleiteten Verhandlungen mit Bundesrat Dr. Léon Schlumpf der Standpunkt der Aargauer Regierung unverändert dargelegt worden. Sie hatte stets mit allem Nachdruck gefordert, dass in sämtlichen Kantonen, die für die geologische Abklärung in Frage kommen, gebohrt werden muss. An der Zusammenkunft mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED), die am Donnerstag in Aarau stattgefunden hat, wurde auch das Missfallen darüber ausgedrückt, dass Nagra-Präsident Dr. Rudolf Rometsch in einem Zeitungsinterview Böttstein, Leuggern, Riniken und Weiach ZH als erste Bohrgemeinden bezeichnet hatte.

Die Kantons- und Gemeindevertreter erhielten nun die Zusicherung, dass an allen zwölf vorgesehenen Standorten gebohrt wird. Ausdrücklich wurde festgehalten, dass das gesamte Bohrprogramm auch dann abgewickelt wird, wenn die ersten vier Bohrungen einen Erfolg bringen sollten. Die Delegation aus Bern orientierte auch über Massnahmen zum Schutz vor Bohrimmissionen, Sonntagsarbeitsverbot und dergleichen.

Wenn auch mit der Sondieraktion verhältnismässig rasch begonnen werden soll, werden bis zum Beginn des Endlagers noch Jahre vergehen. – Über die Verhandlungen in Aarau hat das EVED noch ein offizielles Communiqué in Aussicht gestellt.

«Die Botschaft», Klingnau, 15. August 1981

«Graben kein Kaiseraugst-Ersatz»

nr. Bern, 20. August. Die Berner würden den Bau des Kernkraftwerks Graben anstelle der geplanten Anlage in Kaiseraugst nicht akzeptieren. Das machten Vertreter der Kantonsbehörden am Donnerstag in Bern gegenüber dem TA für den Fall deutlich, dass der Bundesrat bei seinem Entscheid in Sachen KKW Kaiseraugst auf die Formel «Graben später, statt Kaiseraugst jetzt» tendieren sollte.

«Graben statt Kaiseraugst, das würden wir nicht akzeptieren», stellte ein Berner Regierungsrat klar fest. Damit bestätigt er nur, was die Berner Regierung schon mehrmals deutlich gemacht hat: Die Reihenfolge bei der Bewilligung von Kernkraftwerken durch den Bund sei einzuhalten. Auch auf ein Schwarzpeterspiel um Standorte für Atommeiler lasse man sich in Bern nicht ein. Ein Bau des Werks Graben lasse sich nur verantworten, falls die bisher erstellten KKW *bis und mit* Kaiseraugst nicht ausreichten.

Diesen Standpunkt bekräftigten auch Vertreter der Berner Direktion für Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft am Donnerstagnachmittag. «Später Graben, statt Kaiseraugst jetzt»: Diese Formel könnte aus der Sicht des Bundesrats Vorteile versprechen: Im bernischen Graben scheint die umstrittene Anlage politisch nämlich leichter durchsetzbar als im aargauischen Kaiseraugst, das an die «Atomgegnerkantone» Basel-Stadt und -Landschaft angrenzt.

Überraschend haben die Berner allerdings am vergangenen 14. Juni einer kantonalen Initiative zur Volksmitsprache beim Bau von Atomanlagen zugestimmt.

«Tages-Anzeiger», Zürich, 21. August 1981

Auf den Leim kriechen?

Die sogenannte Atomstoppinitiative der Ueba SO/AG und Konsorten, vor gut einem Jahr lanciert, werde nicht zustandekommen, konnte man in den letzten Wochen lesen. Wohl aber die etwa gleich alte «Atom-Initiative» von SES/WWF usw. Und schon spricht man im gesamten Blätterwald davon, die «gemässigte» Initiative habe der radikalen den Rang abgelaufen.

In Tat und Wahrheit ist hinsichtlich der letzten Konsequenzen für die Kernkraftwerke in der Schweiz zwischen den beiden Initiativen kaum ein Unterschied. Beide laufen auf eine möglichst rasche Beerdigung der Stromerzeugung durch Kernenergie in unserem Lande hinaus, wobei das Ende bei der «gemässigten» vielleicht ein paar Jahre später erfolgen würde. So oder so müssten wir aber auf rund einen Drittel unseres Stroms verzichten.

Nachträglich erweist sich also die seinerzeitige Lancierung zweier ähnlicher Initiativen als ein taktisches Meisterstück: Nach dem Scheitern der einen kann man diese als zu hart bezeichnen, und einer unkritischen, wenn nicht ahnungslosen Öffentlichkeit kann die andere als «gemässigt» schmackhaft gemacht werden – mit bedenkenloser Unterstützung dieser These durch sämtliche Medien.

Nein! Auf diesen Leim dürfen wir nicht kriechen. Auch die SES/WWF-Atominitiative ist eine Atomverbotsinitiative. Darum Hände weg von ihr. *F. Rentsch, Bern*

Leserbrief aus «Luzerner Neuste Nachrichten», Luzern, 20. August 1981

Die Katastrophe

Zurzeit steht die Erstellung des Atomkraftwerkes in Kaiseraugst als Traktandum Nummer eins zur Diskussion, wenigstens für die Region Pratteln. Ich möchte zum voraus erklären, dass es mir auch lieber wäre, es gäbe keines. Wenn aber von einer möglichen Katastrophe und deren Folgen geredet und geschrieben wird, dann möchte ich mich mit folgenden Fragen zu diesem Thema äussern: Wo spielt sich heute alltäglich eine Katastrophe ab?

In erster Linie auf den Strassen mit den vielen Verkehrstoten und Invaliden. Ursachen sind oft Unaufmerksamkeit und Rücksichtslosigkeit. Man sieht nur das Auto, das Töffli oder das Velo. Aber den Menschen, der darin oder darauf sitzt, den sieht man nicht, der spielt keine Rolle.

Weiter, wie viele Alkoholgeschädigte werden jedes Jahr zu Grabe getragen und wie viele Menschen verkürzen ihr Leben mit Nikotinschäden? Mit dem Beerdigungstag ist das Unglück nicht zu Ende. Not und Elend kommen erst nachher, von den seelischen Leiden gar nicht zu sprechen.

Soviel zum Vergleich von Atomkraftschäden, die ganz entschieden seltener sind. Die Schäden der Autoabgase dürfen auch nicht

übersehen werden! Und nun steht in unserer Region noch ein Kohlekraftwerk zur Diskussion. Das bringt uns auch keinen Segen. Wir leiden in Pratteln genug an Luftverschmutzung, es ist genug, wenn man in der Nacht aus dem Bett gehen muss, um die Fenster zu schliessen.

Jetzt noch eine andere Frage: Wer fährt die Schächte hinab in die Gruben so 800 bis 1000 Meter und noch mehr unter Tag? Auch an diese Menschen sollten wir denken. Auch diese Leute erleiden einst eine Katastrophe mit ihren verstaubten und versteinerten Lungen nebst allen anderen Gefahren.

Somit bliebe also nur noch der Bau von Wasserkraftwerken. Aber wenn ein solches geplant wird, dann melden die Natur- und Heimatschützler ihre Opposition an, was natürlich auch ihr gutes und demokratisches Recht ist. Was bleibt noch zu tun? Sparen, Energie sparen. Aber wie viele tun das? Das und dies und jenes spielt alles keine Rolle mehr. Immer mehr Steckdosen und Druckknöpfe in die Häuser!

Heiliger St. Florian, verschone unsere Häuser, zünde lieber tausend andere an. *P. Hunziker, Pratteln*

Leserbrief aus «Basellandschaftliche Zeitung», Liestal 27. August 1981

«Unser EVU hat eine Kohlelagerstätte und ein Uranbergwerk gekauft, um seinen langfristigen Brennstoffbedarf zu sichern. Jetzt haben wir auch eine Papierfabrik, damit wir bei Produktion der Sicherheits- und Umweltschutzberichte autark sind ...»

«ZfK Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 7. August 1981

«Radikale» Atominitiative kommt nicht zustande

Bern, SDA. Die Volksinitiative «für den Stopp des Atomenergieprogramms» – sie will die bestehenden Kernkraftwerke stillegen und den Bau neuer Kernkraftwerke verbieten – ist anscheinend vorzeitig gescheitert.

Wie ein Mitglied des Initiativkomitees gegenüber der «Basler Zeitung» und dem «Tages-Anzeiger» erklärte, waren im Februar 1981 erst zwischen 25000 und 30000 Unterschriften beisammen. Bis zum 10. Dezember 1981 müssten aber 100000 Unterschriften beigebracht werden, was von den Initianten selber als aussichtslos erachtet wird. Dagegen sieht die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) dem Abschluss der Unterschriftensammlung für ihre beiden Volksbegehren zuversichtlich entgegen. Nach Auskunft von SES-Geschäftsführerin Ursula Koch haben bereits etwa 80000 Bürger die Initiativen unterschrieben. *«St. Galler Tagblatt», St. Gallen, 5. August 1981*

Unter der Bundeskuppel

Kalauer unter den Bundeshausjournalisten: Der neue Standortnamen des nordwestschweizerischen Kernkraftwerkes heisst nicht mehr «Kaiseraugst», sondern «Kaiser-Graben» (Anspielung auf das weitere bernische KKW). Sieben Hebammen und noch keine Geburt. Wäre da nicht ein «Kaiserschnitt» fällig? In Kaiseraugst haben die alten Römer schon in ihren Heissluftbädern geschwitzt. Warum soll der Bundesrat nicht auch ins Schwitzen kommen? «Ein ablehnender Entscheid des Bundesrates (in Sachen Kaiseraugst) wäre zu begrüssen, auch wenn er sich später als falsch und dumm erweisen sollte», so Nationalrat Andreas Müller im «Aargauer Tagblatt». Auch gescheite Politiker sind bei der Beurteilung der atomaren Dampfkochtöpfe gegen Kernspaltung der Hirnzellen nicht gefeit.

«Vaterland», Luzern, 22. August 1981

Verzicht auf die Kernenergie?

ko. Die Kernkraftwerkgegner verlangen immer wieder nicht nur den Verzicht auf den Bau neuer Kernkraftwerke, sondern sie fordern auch die Stillegung der bestehenden Werke. Wie nach dem Ausfall dieser Werke, die heute 28,4 Prozent der ganzen Stromproduktion unseres Landes decken, die Energieversorgung gesichert werden kann, darauf bleiben sie die Antwort allerdings schuldig. Aufforderungen zum Sparen genügen nicht und ein vermehrter Beizug von Erdöl kommt auch nicht in Frage. Nutzbare Wasserkräfte gibt es in unserem Lande kaum mehr in grösserem Rahmen, abgesehen davon, dass sich gegen den Bau weiterer Wasserkraftwerke die Naturschutzkreise und die Kernkraftwerkgegner selber wehren. Auf die Kernkraftwerke werden wir nicht mehr verzichten können. Bis jetzt konnte auch noch nicht der Nachweis erbracht werden, dass jemand durch die Kernenergie der schweizerischen Atomkraftwerke geschädigt worden wäre. Es ist allerdings zu fordern, dass die Beseitigung des Atommülls gesichert sein muss. Das wiederum bedeutet, dass die Bemühungen der Nagra um die Vornahme von Probebohrungen und den Bau von gesicherten Lagerstätten nicht verzögert werden darf.

«St. Galler Volksblatt», Uznach, 29. Juli 1981

Energieverschwendung

Wir brauchen keine Atomkraft, wenn wir endlich aufhören, die kostbare Energie sinnlos zu verschwenden. Die Sparappelle an den Bürger kommen mir wie ein schlechter Witz vor, wenn ich bedenke, dass bald in jedem Hotel ein unbenütztes Hallenbad steht, nur damit der Gast nicht zweihundert Meter gehen muss, um im defizitären Gemeindebad zu baden. Die Freibäder müssen alle geheizt werden, damit auch das verwöhnte Hinterteil keinen Kälteschock erleidet. Die Fussballplätze müssen beheizt werden, damit man nicht im Sommer, sondern im Winter spielen kann. Die Skipisten werden beleuchtet, damit man nachts fahren kann, es macht sich halt besser.

Ausserorts werden ganze Strassenzüge nächtelang sinnlos beleuchtet. Die schönsten Wiesen werden sinnlos für Sportplätze geopfert; im besonderen scheint mir eine Tennisplatzseuche ausgebrochen zu sein. Eben diese Energiefresser stechen nur besonders in die Augen. Diese Anlagen werden künstlich von unten befeuchtet und nächtelang taghell erleuchtet, damit einige wenige sich um einen Ball schlagen können. Dass man nun in der Nähe von Basel noch ein Alpamare-Bad ins Auge fasst, schlägt dem Fass den Boden aus. Ich sage Euch, betreibt Euren Sport, wenn es die Jahres- und die Tageszeit erlaubt. Geht mehr wandern, oder setzt Euch auf das Velo. Das sind Sportarten, die nur eigene Energie brauchen. Wenn all diese Energieverschwendung gestoppt wird, bin auch ich bereit, beim Stromsparen mitzuhelfen. *H. Lack, Basel*

Leserbrief aus «Basler Zeitung», Basel, 1. August 1981